

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 60 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Die Gewerkschaften im Kampf für die Interessen der Arbeiterschaft

I.

Auch die Gewerkschaften unterliegen der Entwicklung, die das Gesetz alles Lebens ist. Von den größten Strömungen und den materiellen Verhältnissen einer Zeit werden sie nachhaltig beeinflusst. Es ist ganz klar, daß die grundlegenden Veränderungen, die seit dem Kriege auf staatlichem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet eingetreten sind, die Gewerkschaften nicht unberührt lassen konnten. Das gewerkschaftliche Kampffeld hat sich in mancher Hinsicht verschoben. Schieben ist der Wesensinhalt der Gewerkschaften, der Kampf für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer. Aber die Methoden und vor allem die Objekte und Ziele dieses Kampfes haben sich in mannigfacher Beziehung gewandelt und werden dies in Zukunft sicher noch viel stärker tun. Weil jene Veränderungen in der gesellschaftlichen Struktur und ihre umgestaltenden Wirkungen auf Stellung und Aufgaben der Gewerkschaften heute noch von vielen Arbeitern nicht in ihrer ganzen Tragweite erkannt sind, deshalb können Stimmungen aufkommen, die Zweckmäßigkeit und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation in der gegenwärtigen Zeit in Zweifel ziehen. Auf diese Stimmungen muß man zurückgehen, wenn man der Gewerkschaftsverbrossenheit, die sich in manchen Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder zeigt, beikommen will. Soweit unsere Bewegung in Betracht kommt, glauben wir, es ist weniger der Zweifel an der Notwendigkeit und dem Wert der gewerkschaftlichen Organisation überhaupt, der in diesen Stimmungen zum Ausdruck kommt. Wohl aber müssen auch wir feststellen, daß die Verstandlosigkeit, mit der man den gewerkschaftlichen Aufgaben gegenüber, gegen früher viel größer geworden ist, was sich namentlich in der mangelnden Neigung zur Mitarbeit ausdrückt. Hier heißt es klar sehen in den Gründen, soll wirksame Abhilfe geschaffen werden.

Der erste und tiefste Grund der gewerkschaftsmüden Stimmungen ist zweifellos die große Not unserer Tage, die ganze Ungewißheit unserer Zukunft. Der Versailler Vertrag und das Drum und Dran lastet schwer auf uns. Wir fühlen, es geht abwärts. Was wir uns gestern noch leisten durften, müssen wir uns heute verjagen. Eine Unsicherheit und Nervosität erfasst unser Volk wie nie zuvor, eine lähmende Ungewißheit liegt auf allen Gesichtern. Der Anblick in eine lichte Zukunft ist uns verhangen. Jeder von uns ist ganz erfüllt von den Sorgen des Augenblicks und von den Nöten der Stunde. Wie komme ich über den nächsten Tag? Das ist die nervöse Frage, die immer wieder gestellt wird, und auf die es keine sichere Antwort gibt. Die Not steigt. Und Verbrossenheit und Kriechmut ergeben sich aus dem Hunger und dem Glend unserer Tage, und Zweifelhaft und Mißtrauen aus der allgemeinen Unsicherheit. Und die Bitterkeit gegeneinander wächst, und die Spannungen in unserem Volk vertiefen sich." (Westf. Arbeiterzig.) Ja früher! Da konnte sich auch die Arbeiterfamilie das Notwendige zum Leben und manches darüber hinaus gönnen. Der Kampf der Gewerkschaften war damals wirklich ein Kampf für die Hebung der wirtschaftlichen und kulturellen Lage der Arbeiterschaft, und nicht, wie heute, ein mühseliges Ausgleichen der Deuung. Der Einzelne konnte sich noch etwas vornehmen. Man schaffte und sparte für die Selbstständigkeit der Einrichtung, für die Ausrüstung der Kinder, vielleicht gar für den Erwerb eines eigenen Heims. Und wenn schon dieses Streben nur allzu häufig Stückwerk blieb, es gab doch dem Leben seinen eigenen Reiz, ließ die Kräfte nicht einrosten, hielt die Hoffnung lebendig. Heute, im Zeichnen stetig fortwreitender Geldentwertung, ist das Sparen beinahe

zum Widersinn geworden. Und wenn man schon wollte: die Teuerung, am letzten Ende auch eine Wirkung des Versailler Diktats, läßt es nicht zu. Das ganze Leben erscheint vielen sinn- und bedeutungslos. „Wofür das alles? Es wird ja doch nie anders.“ Die Folge ist ein allgemeines Mißvergnügen, eine ständig größer werdende Unzufriedenheit, die sich gegen alles und jeden wendet. Hier liegt einer der tiefsten Gründe, weshalb z. B. die neue Staatsform bisher im Volksleben nicht tiefere Wurzeln geschlagen hat. Erst recht kann es nicht verwundern, daß die Gewerkschaften ihr Teil von der allgemeinen Unzufriedenheit abbekommen.

Hier kann nur durch geduldige, aber um so intensivere Aufklärungsarbeit Abhilfe zu schaffen werden. Das Thema „Arbeiterchaft und Versailler Friedensvertrag“ mit seinen tausendfachen Zusammenhängen und Verknüpfungen kann nicht häufig genug in unseren Versammlungen und wo immer sich die Gelegenheit bietet, behandelt werden. Das ist das erste.

Das zweite liegt auf einem anderen Gebiet. Der Arbeiterschaft sind in der Nachkriegszeit wichtige Errungenschaften in den Schoß geworfen worden, die nicht so unmittelbar erkämpft werden mußten wie die früheren, und die deshalb auch nicht entsprechend gewürdigt werden. Das war früher anders. An ihrem Ursprung waren die Gewerkschaften Ausschrei von Entrechteten, Gedrückten. Die Arbeiterschaft im Zeitalter der erstarkenden Industrie fühlte die ganze Trostlosigkeit ihrer Lage, und sie häumte sich dagegen auf. In ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen war sie vollig abhängig von der Gnade oder Ungnade des Arbeitgebers. Was sie vielleicht noch schwerer empfand, das war die ganze Unsicherheit ihrer Existenz: Jeder Konjunkturschwankung mit Lohnfällungen und sonstigen Verschlechterungen war sie schußlos preisgegeben. „Mitbestimmungsrecht beim Arbeitsvertrage“, das war deshalb die Forderung, die sich elementar aus ihren Reihen, insbesondere aus der christlichen Arbeiterschaft, emporrang. Die älteren Kollegen wissen, wie schwer der Kampf für diese gewerkschaftliche Grund- und Kardinalforderung war, wie jeder kleinste Fortschritt sozusagen mit den Zähnen erkämpft werden mußte. Was aber heute beinahe schon vergessen ist, das ist die Tatsache, daß trotz riesiger Anstrengungen der Gewerkschaften dieses Mindestmitbestimmungsrecht bis zum Kriegsausbruch erst für den kleinsten Teil der deutschen Arbeiter durchgesetzt werden konnte. Wo es, wie im Baugewerbe, bereits früher verwirklicht war, da mußte es auf Schritt und Tritt und unter den größten Opfern verteidigt werden. Die große Bauarbeiteransperrung vom Jahre 1910, sowie die Riesenzahl kleinerer Kämpfe in jener Zeit, sind Zeugen dafür. An diesem zählen, ununterbrochenen Ringen nahm die Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder regen Anteil; das Interesse für Zweck und Ziel der Gewerkschaften blieb infolgedessen ständig wach, ja, es verstärkte sich in zunehmendem Maße. Dagegen heute! Wer denkt noch daran, daß wir den prinzipiellen Kampf um das Mitbestimmungsrecht beim Arbeitsvertrage, der das gewerkschaftliche Denken und Streben fast einer ganzen Generation ausgefüllt hat, heute nicht mehr zu führen brauchen? Daß auch die freisinnigsten Vertreter des alten „Herrn-im-Gaule-Standpunkts“ den Weg nach Camorra, d. h. zum Verhandlungsstich gehen mußten? Wie mit einem Federstich ist unter den Hammerschlägen des verlorenen Krieges das Mitbestimmungsrecht beim Arbeitsvertrage für die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft, Arbeiter, Angestellte und Beamte, durchgeführt worden. Und nicht nur das. Die Arbeiterschaft besitzt heute den Anfang eines Mitbestimmungsrechtes in der Produktion selbst, ein Mitbestimmungsrecht in den Betrieben, durch die Betriebsräte. Sie hat weiter ein verfassungsmäßig gewährleistetes Recht auf Mitbestimmung der Gesamtwirtschaft, durch die in der Vorbereitung befindlichen Bezirkswirtschaftsräte und den Reichswirtschafts-

rat, der seiner endgültigen Ausgestaltung noch harret. Das sind unzweifelhaft wichtige Etappen auf dem Wege zu der endgültigen Befreiung des Arbeiterstandes, worunter wir verstehen seine vollgültige und gleichberechtigte Eingliederung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Aber es gibt eine gar nicht so geringe Anzahl Arbeiter, auch in unseren Reihen, die das alles hinnehmen, als sei es die selbstverständlichste Sache von der Welt, als etwas, das einfach so sein müßte. So schnell werden wichtige Erfahrungen aus der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung vergessen. Kein Wunder, daß dann Urteile über die Gewerkschaften zustande kommen, die nur die vollendete Ahnungslosigkeit eingeeben haben kann.

Für heute nur einige Fragen, die, so meinen wir, auch jene „Optimisten“ nachdenklich stimmen müßten. Erstens: Glaubt man, die genannten Errungenschaften wären da ohne die Gewerkschaftsbewegung, ohne deren jahrzehntelange Vorarbeit und, auch das darf gesagt werden, ohne die Führerintelligenz, die sie heranzugebildet hat? Zugegeben, daß die Zeit dafür reif war. Aber haben wir in der Geschichte der sozialen Bewegungen nicht Beispiele genug, daß die Reife einer Aufgabe noch keine Gewähr bietet für ihre Erfüllung? Berge, die wir doch nicht, daß bis zum Kriegsende für Hüttenarbeiter, Bergleute und viele andere Arbeitergruppen noch kein einziger Tarifvertrag bestand, und daß noch im Jahre 1917 eine Aenderung des preussischen Dreiklassenwahlrechts von einer Mehrheit des Landtags abgelehnt werden konnte. Wir dürfen eben nie das Gegenpiel der Kräfte unberücksichtigt lassen. Und was, zweitens, noch wichtiger ist: Sind denn die neuen Einrichtungen, wobei wir auch an den Achtstundentag und manches andere denken, schon endgültig gesichert? Das leitet unmittelbar über zur dritten Frage: Denn wie steht das Unternehmertum zu all diesen Dingen? Kein Zweifel, es hat sich dem meißten nur unter dem Druck der Zeitverhältnisse gebeugt. Starke Kräfte sind dort am Werke, die nicht nur den Achtstundentag, die auch noch manches andere „abbauen“ möchten. In dieser rückwärts gerichteten Richtung wirkt auch die starke Marktkonzentration, die sich seit dem Kriege im Unternehmertum vollzogen hat. Sehen wir, viertens, wie der deutsche Kapitalbesitz in zunehmendem Maße der Konzentration verfällt, so daß heute schon der wichtigste Teil der deutschen Wirtschaft von einigen wenigen Industrienkonzernen, die wiederum verflochten sind mit dem Bankkapital, beherrscht wird? Man sieht es schon, das Schlagwort von der „Stimmierung der Wirtschaft“ hat seine Wirkung getan. Aber denken wir auch an die Rückwirkungen, die diese Entwicklung, die immer mehr zur Zusammendrängung der wirtschaftlichen Macht in wenigen Händen führt, notwendigerweise auf die Arbeiterschaft haben muß? Soviel ist sicher, eine Erschütterung der sozialen Kämpfe bedeuten diese Machtverschiebungen im Kapitalbesitz zweifellos nicht. Und schließlich das fünfte und wichtigste: Die meisten der neuen Einrichtungen, die die Arbeiterschaft als Fortschritte buchen darf, sind erst in der Grundanlage vorhanden, sind Keime, die zum wirklichen Leben erst noch erweckt werden müssen. Mitbestimmungsrecht in der Produktion, Mitbestimmungsrecht in der Gesamtwirtschaft — es hört sich so einfach an. In Wirklichkeit ist damit eine Aufgabe von so riesigem Ausmaße bezeichnet, daß sie die ganze Kraft dieses und wahrscheinlich auch noch des nächsten Arbeitergeschlechts erfordern wird. Wer glaubt daran, daß sie ohne Gewerkschaften durchgeführt werden könnte? Ach, daran glaubt im Grunde niemand. Man sieht nur vielfach die neuen Aufgaben noch nicht oder nicht genügend klar, das ist's.

Denken und beobachten, anstatt sich unklaren, dampfen Gefühlen hinzugeben, und aus der gewonnenen Erkenntnis die Kraft zu zielbarem Wollen und Handeln schöpfen — das ist die ernste Mahnung, die sich heute die Arbeiterschaft nicht eindringlich genug zu Gemüte führen kann.

(Fortsetzung folgt.)

# Staatshilfe gegen den Holzwucher!

(Fortsetzung.)

## 2. Was ist bisher gegen den Holzwucher und seine Auswirkungen geschehen?

Nach dem Ausgeführten wird es kaum jemand verwundern, daß die bisherigen staatlichen Maßnahmen gegen den Holzwucher und seine Auswirkungen nur sehr unbedeutend sind. Denn wirkliche und entscheidende Maßnahmen sind mit der Weiterverfolgung der staatlich beschlossenen Holzpreispolitik nun einmal nicht vereinbar. Was bisher geschehen ist, hat sich kaum über den Rahmen öffentlicher Notstandsaktionen oder aber wehrmühsamer Eingriffen und Beschlüsse erhoben.

### a) Kleinere Notstandsmaßnahmen.

Die Not der Preise war es, die der Regierung und dem Parlament zuerst Veranlassung gab, sich zu einer Notstandsmaßnahme zu ihren Gunsten aufzurufen. Dabei ist nie schon von manchen Seiten ausgesprochene Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß diese außerordentlichen Hilfe wohl nicht zum mindesten infolge der Befürchtung einträte, die Preise müßten sich sonst bleibend zu unheimlich mit den Vorkäufen auf dem Holzmarkt, namentlich auch mit dem staatlichen Holzwucher beschäftigen. Deshalb darf man sich, ohne große Ueberzeugung und Beachtung der Konsequenzen, reich einen Brocken hin, einmal um in ihrer öffentlichen Schwere Vorlage zu unterstützen, dann aber, um sie dadurch in gewisser Weise zu beschließen. Zugunsten einer Verbilligung des Tageszeitungsdruckpapiers wurde nämlich auf sämtliche Holzverkäufe eine Sonderumsatzsteuer von 10 Prozent beschließen, die jedoch auf 2 Prozent erhöht wurde. Mit Hilfe der so aufkommenen Mittel war es möglich, eine große Holzzeitung Verbilligung des Holzzeitungsdruckpapiers zu erzielen. (Daß diese Verbilligung nicht auch der Gewerkschafts-Preise zugute kommt, die heute für einen großen Teil der Arbeitnehmerschaft die Lebensgrundlage ergeben muß, ist hier nur nebenbei erwähnt.)

So sehr der Tagespreise diese Unterstützung auch zu schätzen ist, muß sie doch starke Bedenken auslösen. Zunächst kann kein Zweifel bestehen, daß diese zweiprozentige Sondersteuer in vollem Umfange — vollständig sogar verdoppelt und verdreifacht — auf die übrigen Holzverkäufe übertragen abgewandt wird. Und es ist in dieser heuligen Wirtschaftskrise, die sich beispiellos über den Wohnungsbau zugunsten der Tagespreise mit einer Sonderabgabe zu belasten, ist jedenfalls recht zweifelhaft. Während doch wohl eine Belastung der Holzverarbeiter einseitigen einseitigen Preissteigerungen beschleunigt ist, ist der Erfolg dieser Regierungsmaßnahme ein ganz anderer: Er gibt den Holzverkäufern die Möglichkeit, auf Grund dieser Steuer höhere Preise zu verlangen — und die Abnehmerzahl muß sinken!

Ebenso wenig Erfolg hat eine andere Notstandsmaßnahme gehabt, die den kleinen in der Nähe landwirtschafter gelegenen arbeitslosen Holzverkäufern staatliches Holz zu einem ermäßigten Preise abzugeben wollte. Die jeweilige Kommission legte, wurde dieses Holz von den Ersthörern in vielen Fällen sofort mit erheblichem Gewinn an irgendwelche Händler oder Großhändler weiterverkauft — also mit dem einzigen Effekt, daß durch diese Maßnahme einzelnen kleinen ohne Grund Sondergewinne auf Kosten der Allgemeinheit zugeführt wurden. Auch hat damit auch sehr bald mit dieser „Notstandsmaßnahme“ Schluss gemacht.

### b) Vorschläge und Maßnahmen hinsichtlich des Bauholzes.

Die ausführlichen Beratungen im Reichstage, die sich mit den Maßnahmen gegen die Wohnungsnot und mit der Förderung des Wohnungsbauangebots beschäftigten, leiteten die Aufmerksamkeit des in dieser Frage tätigen Reichstages (Wohnungs-) Ausschusses bald auf die Notwendigkeit des Bauholzes. Ein Untersuchungsbericht vom 10. September des vergangenen Jahres hat die Bedeutung einer größeren Anzahl Erwerbslosiger, hauptsächlich auf Betrieben der heimischen Gewerkschaftsbetriebe angeführten Angehörigen, folgende Forderungen zur Bauholzwirtschaft angestellt:

Die Verbilligung von Bauholz aus den staatlichen Wäldern zu niedrigen Preisen an gemeinnützig arbeitende Bauholzwirtschaften zur Verarbeitung und Weiterverarbeiten an die gemeinnützig und privaten Bauunternehmungen.

Die Reichsregierung zu ersuchen, die Besitzer von Staats-, Gemeinde- und Privatwäldern zu verpflichten, 10 Prozent ihres für Bauholz geeigneten jährlichen Holzschlags, bezogen auf den Durchschnitt der letzten drei Jahre, zum Preise von 75 Prozent des durchschnittlichen Holzmarktpreises des Jahres 1924 zu vergeben an gemeinnützig tätige Organisationen zur Verwendung für die mit öffentlichen Mitteln unterstützten Wohnungsbauten zur Verfügung zu stellen.

Wegen dieser beiden Vorschläge legte sehr bald eine heftige Gegenaktion ein, die in erster Linie vom Reichsforstwirtschaftsrat, den hinter ihm stehenden Forstbesitzern und den einzelstaatlichen Forstverwaltungen ausging.

Der Reichsforstwirtschaftsrat betonte in einer Erklärung vom 20. Oktober die Wichtigkeit der Förderung des Wohnungsbauangebots durch Holzlieferungen zu Vorzugpreisen, da diese verbilligten Abgaben die technische Durchführung der Holzverwertung sicherzustellen erlaubten und dadurch die Beförderung der Holzverkäufer und der Holzverkäuferbetriebe, für das Reichsbauwerk und die Einzelverbraucher nach den in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen zu unerträglichen Preisen geführt haben. ... Eine Förderung der

Wohnungsbau hält der Reichsforstwirtschaftsrat in der Weise für empfehlenswert, daß den Verbilligungsgesellschaften und Einzelbetriebe Bauholz in bestimmten Grenzen zum Marktpreise des Ueberwältigungstages zur Verfügung gestellt wird. Auf diese Weise gedachte man sich hier durch ein barockes „Gutachten“ von der Aufhebung legendärer Lasten freizurufen.

Gleichzeitig traten die Länder auf den Plan und ließen der erkannten Dringlichkeit mitteilen, was sie nicht alles schon zur Verbilligung des Bauholzes getan hätten. So hießte es für das kommende Jahr 150.000 Festmeter bereit, die jedoch, „da die Staatsforsten nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten betrieben würden“, nur zu Marktpreisen abgegeben werden könnten. Die Verbilligungsaktion, die für jeden Festmeter verbauten Holzes erfolgt, und die nach den neuesten Vorschlägen des preussischen Landtages ein Drittel des Holzmarktpreises betragen soll, fließt aus einem anderen Fonds? (D. h. doch wohl aus den Mitteln der Wohnungsabgabe?). Bayern überweist das aus den Staatsforsten bereitgestellte Holz zum Tagespreis und gewährt für den Kleinwohnungsbau nachträglich eine Vergütung. Sachsen stellt Kiechholz nur zu Tagespreisen zur Verfügung. Der Antrag zu einer richtigen Lösung findet sich in Württemberg, das größere Kiechholzmengen zu einem verbilligten Satz unter Anrechnung auf das Hausarbeiten abgibt. In den übrigen Ländern liegen die Dinge meist wie in Preußen.

Alle diese Angaben machten die Vertreter der Länder in einer großen Konferenz am 30. November 1928 im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, und legten daran die Erklärung, daß die „weitgehende Freilassung“ welche die Länder dem gemeinnützigsten Wohnungsbau zugewendet hätten, bei Beweis dafür erbracht, daß die Förderung des Wohnungsbauwesens auch weiterhin am besten den Händen der Länder anvertraut bleibe, und daß es nicht erwünscht sein kann, an Stelle der bestehenden Regelung innerhalb der Länder eine reichsgesetzliche zu legen. Deshalb erklärten sie sich einmütig gegen die reichsgesetzliche Regelung der Bauholzabgabe.

Auf Grund dieser Stellungnahme der Länder, die sich hierbei übrigens auf den Artikel 13 der Reichsverfassung stützen, blieb dem Reichstage schließlich nichts übrig, als vor der Finanzherrschaft der Länder und ihrem Willen, sich nicht in ihre Angelegenheiten hineinmischen zu lassen, klein beigehen. Der Wohnungsausschuss legte jedoch noch folgende Entschließung, die im Dezember vorigen Jahres vom Plenum angenommen wurde:

„Die Reichsregierung wird ersucht, auf die Länder und Gemeinden einzuwirken, den gemeinnützigsten Wohnungsbau durch verbilligte Bereitstellung von Bauholz aus staatlichen, kommunalen und privaten Wäldern zu fördern. Im Interesse einer einigermassen ausreichenden Wirkung soll der Ausschuss es für geboten, daß einleifer Holzpreis, etwa das Hundertfache des Friedenspreises, für 5 d. G. des Holzschlages zugrunde gelegt wird.“

Mit diesem Beschlusse enden die Versuche des Reichstages, dem Holzwucher auf reichsgesetzlichem Wege beizukommen. Die Initiative liegt jetzt bei den Ländern, und es wird der größten Ausreizungen und des härtesten Druckes bedürfen, um diese zu einem aktiven Vorgehen zu bewegen.

(Fortsetzung folgt.)

## Mehr Verantwortungsgefühl!

Man mag in letzter Zeit bei Bauunternehmern und bei sonstigen Kreisen die eigenwillige Wahrnehmung, daß manche Kollegen aus Besorgen, warum sie die Verantwortung nicht befragen oder warum sie dem Verantwortlichen auf den Bauarbeiten und dem Entschaffen der Beiträge allerlei Schwierigkeiten machen, einem Lächerlich erklären, die Verbände waren ja doch nicht mehr in der Lage, die Interessen der Bauarbeiter zu vertreten, wie es früher der Fall war und es jetzt den teuren Lebensverhältnissen entspricht. Die erste Frage, die dem Verfasser beim Betrachten der Baustellen von diesen Kollegen gestellt wird, ist immer dieselbe, sie lautet: Wann gibt's mehr Lohn?

Wenigstens zu verstehen ist diese Frage, aber sie läßt sich durchschauen, daß das ganze Sinnen und Erachten der Kollegen auf das Material abgesehen ist. Wenn ich ohne weiteres zugestehen würde, daß das Verlangen der Kollegen durchaus berechtigt ist, ja es sei sogar gesagt, daß wir Bauarbeiter viel zu wenig bekommen, daß unsere Löhne weit hinter dem wirklichen Verdienst zurückgeblieben sind. Aber trotzdem es mir bei dem ganzen Verhalten der Kollegen auffällt, daß ich die Erklärung der tiefsten Erkenntnis über das Wesen und die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation im allgemeinen. Dadurch, daß wie ich schon sagte, die Kollegen dem Führer und Vertretersmann des Verbandes entgegenhalten, die Organisation ist wirtschaftlich nicht mehr imstande, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu erzielen, ist gleichsam schon der erste Spatenstich zum Grab der Verbände gegenüber. Langsam aber sicher wird hierdurch das Vertrauen zu Führern und Bewachung unterminiert und die noch wirklich treuen und ehrlichen Kollegen auch noch wandern gemacht. Es soll daher in diesem Zusammenhang kurz dargestellt werden, wie die Verbände tatsächlich liegen. Kollegen, die regelmäßig die Versammlungen besuchen und ihr Verbandsorgan gewissenhaft studieren, sind aber den Gang der Dinge vollständig im Klaren. Es sind immer nur jene, welche sich Sorgen, aber zum Überdauern immer zu bequem sind. Wie liegen nun die Verbände?

Zunächst sei der Vorwurf zurückgewiesen, wonach die Organisation im Baugewerbe nicht mehr ihre Pflicht erfüllt, hinsichtlich der Verbesserung der Löhne. Diejenigen, welche die Behauptung aufstellen, haben einmal von den tatsächlichen Verhältnissen im Baugewerbe in der

Nachkriegszeit überhaupt keine Ahnung, zum anderen festigen ihnen die elementarsten Kenntnisse über die enormen Schwierigkeiten bei den Lohnverhandlungen selber. Durch den Krieg war das gesamte private Baugewerbe lahmgelegt. Und nach dem Kriege entwickelte sich erst die Bautätigkeit einigermaßen im Sommer 1920. Aber durch die niedrigen Löhne einerseits und das zu späte Eingreifen der Regierung andererseits zur Beschaffung von Baugeldern, lebte die Bautätigkeit nie richtig auf. Als großer Hemmschuh einer lebhafteren Bautätigkeit erwies sich die enorme Geldentwertung und die dadurch herbeigeführten riesigen Wucherpreise aller Baustoffe. Es ist ja ein Wahnsinn, daß beispielsweise das Parquet mehr als das 6000fache des Friedenspreises kostet. Wenn man behauptet wird, die Verbände hätten entgegen nichts getan, so vertritt das wieder eine völlige Unkenntnis der Sachlage. Ich verweise nur auf die Tatsache, daß gerade unsere „Baugewerkschaft“ den Kampf gegen den Holz- und sonstigen Bauholzwucher mit aller gebotenen Schwärze geführt hat. In unglücklichen Eingaben und Petitionen an die Regierung und die Parlamente haben die Gewerkschaften schnellste Abhilfe dieser Mängel verlangt und es hierbei an positiven Vorschlägen nicht fehlen lassen. Wenn der gewünschte Erfolg ausblieb, liegt das eben an dem organisierten Widerstand der beteiligten Interessentengruppen, die eine außerordentliche Macht in sich verkörpern. Sines steht aber fest: Wären im vergangenen Jahre unsere Kollegen rechtlos den von uns selber gegründeten Bauarbeiterkongressen und sonstigen Beiräten, wahrlich es könnte jetzt in manchem für uns Bauarbeiter besser aussehen. Wie liegen aber hier die Dinge? Anstatt unsere selbstgeschaffenen wirtschaftlichen Interessen mannhaft und geschlossen zu unterstützen, sieht man vielerorts gleichgültig beiseite. Unsere Kollegen müssen sich darüber klar sein, wollen wir in Zukunft im Baugewerbe mitbestimmen, dann müssen wir aber auch, wo es nötig ist, die Baubeschäftigtengenossenschaften gründen und uns geschlossen dahinter stellen. Wir müssen weiter versuchen, bei der Produktion der Baustoffe mitzureden, um dadurch die gewaltigen Wucherpreise zu beseitigen, und die so ersparten Mittel dem Volkswirtschaft mit dem Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Die Kleinrentner der großen Schuldlosen und Erbschaften muß befreit werden, wofür wir wieder gesunde wirtschaftliche Verhältnisse auf dem Bauplatz und damit im Wohnungsbau verlangen. Bei einer so gewaltigen Wohnungsnot, wie wir sie jetzt erleben, müssen alle volkswirtschaftlich schädlichen und überflüssigen Elemente ausgeschaltet werden. Es sind also große volkswirtschaftliche Probleme, die wir als Gewerkschaften lösen wollen und müssen.

Nun zu den Schwierigkeiten der Lohnverhandlungen selber. Wie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet können davon ein Liedchen singen. Ich glaube, wenn unser Bezirksleiter, Herr Koch, einmal am Jahresabschluss davon reden wollte, welche Mühe und Arbeit es zu werten kostete, um die Unternehmer mit an den Verhandlungstisch zu bekommen, dann würden die Kollegen staunen. Im Industriegebiet, wo die Großindustrie und die Arbeiterkongresse vorhanden sind, müssen wohl oder übel die Arbeitgeber nach deren Willen tauschen, und sie tun es nur allzu gern. Daß in diesen Kreisen das Bestreben immer vorherrschend war, die Bauarbeiter, welche vor dem Kriege mit den Löhnen immer an der Spitze marschierten, sowohl hinsichtlich der Löhne als auch in Bezug auf die Arbeitsbedingungen überzuhalten, sollte heute jeder Bauarbeiter wissen. Daß bei solchen Verhältnissen das Verhandeln sich außerst schwierig gestaltet, muß jedem einleuchten. Dazu kommt noch, daß es im letzten Sommer die Spaten von den Bauern blühten: „Die Bauarbeiter verdienen zu hohe Löhne.“ Wer trug aber hieran die Hauptlast? Einzeln und allein neben dem unruhigen Gerede auf der bekannten Vergarbeiterkonferenz die Kollegen, welche in wildem Affekt murrten über sich nicht an dem Weltmarkttag arbeiten, sondern zehn bis zwölf Stunden arbeiteten. Hier ist es Zeit für viele Kollegen, an die Brust zu schlagen und mea culpa (meine Schuld) zu sagen. Während diese Kollegen sich sicherheit einen höheren Lohn erschwerten, stehen unsere alten und schwachen Kollegen da und können nicht mit, aber sie werden beiseite geschoben. Bei den Verhandlungen und in der Öffentlichkeit heißt es dann aber: „Was wollen denn die Bauarbeiter? Die verdienen ja schon zu viel.“ Dabei wird immer vergessen, daß es nur ein Bruchteil der Bauarbeiter ist, der die „hohen“ Löhne verdient. So liegen auf diesem Gebiet die Verhältnisse. Ich habe manchmal das Gefühl, als ob manche Kollegen den Verband lediglich als Pöbelmaschine betrachten. Mit Schlimpsten geht man seine Beiträge, um Versammlungen und sonstige Vorkommnisse kümmert man sich nicht, dagegen wird von den Angestellten immer Respekt verlangt. Hierin liegt eine große Gefahr für die gesamte Bauarbeiterchaft. Nicht der Verbandsleiter, der Bezirksleiter, der Hauptvorstand bilden den Verband, sondern die Mitglieder insgesamt; also trägt jedes Mitglied die Verantwortung mit. In der heutigen Krise, aufreibenden Zeit müssen die Mitglieder sich um ihre Führer kümmern, um in Sitzungen und Versammlungen gemeinsam zu beraten, wie am besten unser Stand vorwärts kommen kann. Nicht durch Abgucken und Anklagen haben wir bislang Erfolge erzielt, sondern durch vorbildliches Handeln und wir das geworden, was wir heute sind. Wie hat man uns Bauarbeiter immer beneidet ob unserer starken Organisation und unserer Erfolge! Soll das jetzt alles vorbei, alles umsonst gewesen sein? Nie und nimmer können wir das wollen. Wenn es manchen Kollegen hinsichtlich der Lohnverbesserung nicht immer wie am Schnürchen ging, so müssen sie in richtiger Erkenntnis der Dinge nicht der Organisation die Schuld zuschreiben, sondern neben den berechtigten geschaffenen Verhältnissen im Baugewerbe sich selber Vorwürfe machen.

Die Aufgabenstellung aus dem Besagten muß also sein: Neubebauung und Verfestigung der Erkenntnis von dem Wesen und der Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation tut not. Tragen wir durch unser

Verhalten auf den Arbeitsstellen dazu bei, daß Kleinmut und Willkür verjagenden und feinerer Mut und weite Begeisterung unsere Reihen erfüllt, damit wie immer genugsam bestehen. Das Unternehmertum ruft, das beweist sein Geschick, einen Kampffonds zu bilden, deren wir hieraus und bauen wir klugerweise vor, damit wir vor Ueberrassungen bewahrt bleiben. Mühsam wir allerdings die Lagen auf, bringen wir sie mit zur Bekämpfung, damit alle wieder für unsere Ideale begeistert werden. Erkennen wir den großen Kampf der Stunde und zeigen wir uns als Männer der Tat, einig und geschlossen: „Dem Tüchtigen gebührt die Welt!“  
Joseph Wittig, Gladbeck.

**Am 17. Februar 1923 ist der siebente Wochenbeitrag für das Jahr 1923 fällig.**

der „Wagewerkschaft“ Ausdruck geben. Es bleibt dem deutschen Volke keine andere Wahl, wenn es nicht endgültig seine Zukunft verpfeifen will. Dann ist aber um so größer die Verantwortung seiner, die die Macht in der Hand halten, dem deutschen Volke das Durchhalten zu ermöglichen. In der „Germania“ richtet H. Müller (Sonn) folgenden eindringlichen Appell an die Wirtschaftskreise:

Alle Patrioten schauen sich auf die Wirtschaftskreise. Denn in der Tat, des Vaterlandes Schicksal ist in deren Hand gegeben. Heute wie nie! Verstehen sie das Gebot der Stunde? Von ihnen wird es abhängen, ob das Land erträglich bleibt oder der Strauß der Feuersang umherweht; ob die Wahrung und Ausgestaltung des Lebenswillens auf die Wirtschaftskreise kommt es entscheidend an, ob ein Durchhalten noch möglich ist. Werden sie Handhaben gegenüber den Vorliegen des Geschicks und der Selbstsucht, werden sie auch an die anderen? Denken sie das Durchhalten erleichtern können? Oder werden sie weiterfahren im Tanz des goldenen Kalb, mit all zu oberem, entlagungslos, am Altar des Vaterlands, das gerade sie heute beunruhigt? Werden sie versagen und sollen wie anderen dann schließend doch niederknien am Krümergeist, an der Profitgier blutdürstigerer Völlgegnossen, die auch in dieser Stunde noch nicht Halt machen konnten und das Geschäft über das Vaterland stellen? Die Wirtschaftler, gleichviel welcher Zweige, sie haben heute, wie kein Verfassungskreis, die Probe auf den wahren Patriotismus und abzugeben. Von ihnen beruht die Wahrung der Patrioten, d. h. des echten Deutschen, der in erster Linie Deutsche sind in dieser Zeit. Geldverbreiter ist Patriotismus und Standesherren so den hier schmutzigen in herrlichem Wandel — und der flammenden Welt unserer Häuser zeigen, daß wir Wirtschaft auch haben zu tun und den rednerischen Tadel einem stillen Sinn zu unterwerfen müssen, daß wie wirklich Geist entgegenstellen so wohl dem Drogen wie dem Wein! Das gilt, weil uns jetzt das Meiste an der Stelle ist: wie warten die Taten.

Werden wir diesen Patriotismus erleben, der uns bitterst tut, die Weiberkluft der Entlassungsfrage der Kriegsjahre? Die reine Idee der Vaterlandsliebe, der reinen Begriffslosigkeit Opfer und Abstraktion ein Krümer oder Gelden — was zeigt die Stunde?

**Die Lohnerhöhung im Januar**

Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes beträgt die Reichsindezziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) im Durchschnitt des Monats Januar 1923 (1913=1) gegenüber 880,68 im Dezember 1922. Die Steigerung gegenüber dem Vormonat beträgt 63,5 v. H. Die Indexziffer ohne die Heizungsleistungen stellt sich auf 1031, sie ist demnach um 69,1 v. H. höher als im Vormonat. Die Heizungsleistungen allein haben sich nur um 44,9 v. H. im Januar 1923 erhöht, während die Ernährungskosten um 69,3 v. H. auf das 1360fache gegenüber dem Frieden gestiegen sind. Diesen Durchschnittsberechnungen liegen die Erhebungen am 10. und 21. Januar zugrunde. Die typographische Verteuerung sämtlicher Lebensbedürfnisse, die auf den erst in die letzte Januarwoche fallenden Marktzug eingetreten ist, kommt daher in der für den Durchschnitt des Monats Januar berechneten Indexziffer noch nicht zur Geltung.

Eine neue gewaltige Steigerung zeigt auch der Großhandelsindex. In der Woche vom 27. Januar bis 2. Februar erreichte die Wochenpretsindexziffer 871,93, d. h. die jüngste gestiegen vier Wochen ereigneten im Großhandel das 887fache ihres Vorkriegsstandes. Am Dollarkursstand gemessen wies die Reichsmark zu Beginn des Februar (27. Januar bis 2. Februar) mit noch dem vierten Teil ihres Nennwertes der Vorkriegszeit auf. Der Dollarkurs in Berlin betrug im Wochenendurchschnitt des 27. Januar bis 2. Februar 385,33, so daß sich gegenüber dem Durchschnittskurs der Vorkriegszeit von 2100 Mark für einen Dollar, eine Steigerung um 82,2 Prozent ergab, während sich das Großhandelspreisniveau von 1081,03 auf 871,93, das sind 68,5 Prozent, erhöhte. Die Erhöhung der Vorkriegszeit hatte 24 Prozent betragen, die der Woche vom 13. bis 20. Januar den bis dahin höchsten Steigerungssatz von 20,7 Prozent aufzuweisen, so daß in der Reichswoche ein neuer Rekord in der deutschen Preisentwicklung eingetreten ist. In der Preisentwicklung in der Reichswoche trugen vornehmlich die gewaltige Erhöhung der Kohlenpreise von durchschnittlich 78 Prozent ab 1. Februar, sowie der Zementpreise bei; ferner wurde unter Schiffspreisen der Zementpreis um 66 Prozent, der Kupferpreis um 75 Prozent erhöht.

**Buchdruckgewerbe, Wagewerbe und Papierpreise**

Außerdem diesen dreien besteht ein dritter Hauptbestandteil, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Die Buchdruckgewerbe sind in ihrer Erhebung höher bedrückt. Die Hauptursache ist in beiden Fällen die gleiche: die wachsenden Holzpreise. Diese betreffen maßlos das Papier und ebenso maßlos die Buchdruckerei. Die Verwertung der neueren Kopierverfahren von 632 auf 1170 Mark und erblüht auch die Zeitungsgewerbe aus ihrer Selbstgekauft und haben dieser Preispolitik kaum mit allen Mitteln angeht. Dazu gehört nun der Deutsche. Wir erwarten danach, daß von den Verlegern die ohne Zweifel gegen die rückwärts Preispolitik der Buchdruckgewerbe sehr wirksame Abwehrmittel in der Hand haben, diese nunmehr auch in vollem Maße und ebenso

risikolos eingesetzt werden. Bisher scheint man uns an dieser Stelle lange nicht genug vorgegangen zu sein. Die Vorkriegszeit ist da allerdings nicht zu machen. Es ist notwendig, daß sich das ganze Zeitungsgewerbe, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, mit dem Wagewerbe und sämtlichen an der Bildungsarbeit interessierten Organisationen zusammenfinden, um endlich den Holzmarkt zu stabilisieren und durchzuführen, der vom Deutschen Gewerkschaftsbund seit langem gefordert wird, und der die einzige Möglichkeit bietet, auf Grund der Verwendung heimischer Holz eine verbilligte Holzlieferung sowohl für das Zeitungsgewerbe wie auch für das Wagewerbe sicherzustellen.

Wir erwarten, daß der Verein Deutscher Zeitungsgewerbetreibender den Weg findet, auch die gesamte Tagespresse in den Dienst der Propaganda dieses einen Gedankens zu stellen, der allein die Möglichkeit bietet, in den kommenden Jahren schwerster Krisen sowohl im Zeitungsgewerbe selbst wie auch im Wagewerbe über Zusammenbruch und Arbeitslosigkeit hinwegzuhelfen. Wir meinen, daß es im höchsten Sinne nationales Interesse ist, gerade in diesen Zeiten die deutsche Tagespresse unbedingt auf den Höhen ihrer Aufgaben zu halten. Wir wollen gewiß nicht einseitig Propaganda für die Zwangswirtschaft machen. Wir wissen aber, daß es Fälle gibt, wo die freie Wirtschaft den Tod lebenswichtiger Gewerbe bedeutet, während die Zwangswirtschaft vielleicht nicht die höchstmögliche produktive Entfaltung einer Industrie, dafür aber die Lebenserhaltung einer Reihe lebenswichtiger Gewerbe sichert. Dieser Fall liegt hier vor.

Wir können dem nur zustimmen und würden uns ehrlich freuen, wenn sich eine Gemeinschaftsaktion zwischen Buchdruck- und Wagewerbe zustande käme. Aber wie fürchten die Hoffnungen des „Deutschen“ auf die Zeitungsgewerbetreibenden werden ebenso bezweifelhaft sein, wie wir bisher ungehört auf ein Eingreifen der Bauunternehmer gehofft haben. Selbst ein Preisstabilisator aus Prinzip, und wie glauben, eher lassen sie ihr Gewerbe zugrunde gehen, als daß sie einer Maßnahme zustimmen würden, die zwar notwendig und vielleicht die einzig mögliche ist, die aber von diesem Prinzip abgeht.

**Die hohen Löhne und Gehälter sind an der Preissteigerung schuld?**

Es ist nicht diese schöne und bequeme Behauptung, die bei jeder Preissteigerung auftaucht und dem Käufer unter die Nase gerieben wird, um seinen Unwillen auf die Arbeiter und Angestellten abzuwälzen; vielmehr die wirklich schuldigen ganz wackereigen. Eine schöne Illustration zu dieser Behauptung finden wir im „Volksmarkt“, dem von einem leitenden Angestellten geschrieben wird:

„In der Vorkriegszeit erhielt ich 4 bzw. 6, also im Durchschnitt 5 dm unversichert Stammbrotter im Werte von 75. — Mark je dm, heute erhalte ich dagegen nur 0,25 — 0,50 dm, mithin also nur 6% des Einkommens der früheren Zeit. An Reisekosten gebrauchte ich früher im Durchschnitt 1 dm Stammbrotter wöchentlich, heute reiche ich damit 3 — 4 Monate.“

Wiel wichtiger aber als das Beispiel sind die Gesamtkosten an Gehältern. Da habe ich ein Handbuch über einen ganz bedeutenden Betrieb folgendes festgestellt, weil man mir nicht glauben wollte, daß die Löhner jetzt ganz erheblich geringer als früher wären, und unter Beweis gestellt: In den Jahren 1912 bis 1914 wurden beim Gesamtumsatz 2,49 — 2,56% an Gehältern gezahlt, im Jahr 1920 verringerten sich die Zahlen gleichmäßig Jahr für Jahr und betrugen 1920 nur noch 1,14%. 1921 waren es nur noch 0,7% und 1922, das ich noch nicht bearbeitet konnte, werden es höchstens 0,5% betragen, also 0,3 — 0,5% werden, also ein Rückgang im Prozentmaß vom Gesamtumsatz von 250 auf 0,5. Die Gehälter müßten also absolut keine Verteuerung, sondern eine Verbilligung der Ware herbeiführen.

Worin die gewaltige Steigerung liegt, ist so allgemein bekannt und oft behauptet worden, daß es sich betriebsbedingt, darüber zu sprechen, vielfach werden die Unkosten, sozusagen „Wasserkasse“, aber zu hoch kalkuliert, die allgemeine Kasse hat das ganze Volk, vor allem das produzierende, erkaufen, nur die Angestellten sollen damit hauptsächlich mit der Verteuerung belastet werden, trotzdem sie meistens nicht in der Lage sind, ihr Geld und die Familie nur das nötige Geld zu kaufen, obwohl auch sie aufwendend so große Gehälter haben.“

Was hier von den Gehältern der Angestellten gesagt wird, das gilt ebenso von den Löhnen der Arbeiter. Man schimpft nach Kräften über die „hohen Löhne der Bauarbeiter“, und in Wirklichkeit sinkt der prozentuale Anteil der Löhne an den Gesamtumsätzen immer mehr. Die rechtliche Arbeit wird in ihrem Realwert immer mehr gedrückt, während Händler, Spekulanten, Spieler immer höhere Gewinne einfahren.

**Der „starre“ Holzmarkt**

Wie hat er in der öffentlichen Diskussion des letzten Jahres verhalten müssen! Daß er längst nicht so stark ist, wie seine Gegner glauben machen wollen, wird u. a. durch die Jahresberichte der preussischen Gewerkschaften aufschlußreich gemacht.

Während im Jahre 1922 nur 2000 Betriebe mit 198 997 Arbeitnehmern die Verrechnung zur Überarbeit erzielt wurde, wurde sie 1921 bereits an 4018 Betrieben mit 331 133 Arbeitnehmern gegeben. Dabei hat sich die Zahl der Überarbeitserlaubigungen, bei denen es sich um mehrere Stunden handelt, erheblich vermehrt: 1920 wurde z. B. in 1520 Fällen Überarbeit über 1 1/2 Stunden genehmigt; 1921 dagegen waren es schon 291 solcher Fälle. Nicht mit eingerechnet in diese Zahl sind die nach den Vorschriften der Gewerkschaften an Arbeitnehmern recht häufig vorgenommenen Fälle, in denen eine Verrechnung der Aufwandskosten nach Aufwandsgegenstand zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Überarbeit gestattet wurde. Die Verrechnung zur Überarbeit hatten hauptsächlich eingeholt: Maschinenfabriken, Textilindustrie, Bergbau, Gummiindustrie, Holzindustrie usw., ferner die Betriebe derjenigen

**Stürmische Preisbewegung**

Wir werden nunmehr regelmäßig unter dem Stichwort „Preisbewegungsbarometer“ eine Uebersicht über die bekanntesten Indexziffern bringen. Dabei sind die Differenz der Vorkriegszeit = 1 gesetzt, so daß die darunter stehenden Zahlen das Maß für die Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit nachweisen. Erläuternd muß hier bemerkt werden, daß die Berechnung der verschiedenen Indexziffern zu verschiedenen Zeitpunkten erfolgt. So werden die unter 2 eingeschriebenen verschiedenen amtlichen Lebenshaltungsindezziffern aus den Erhebungen am 10. und 21. jeden Monats errechnet. Im Januar ist deshalb die sprunghafte Verteuerung sämtlicher Lebensbedürfnisse, die auf den erst in der letzten Januarwoche eingetretenen Marktzug zurückzuführen ist, in den für den Durchschnitt des Monats Januar berechneten Indexziffern noch nicht zur Geltung gekommen. — Das Wirtschaftsstatische Büro von Michael Salfer ist leider durch die Verhältnisse gezwungen worden, die seit nunmehr zwölf Jahren durchgeführten monatlichen Berechnungen über die Lebensbedürfnisse an etwa 200 Seiten des Deutschen Reiches einzustellen. Wir haben trotzdem die letzten Zahlen der beiden Ernährungsindezziffern in dem letzten Halbjahre so ziemlich gleichsetzen. Wie aus der Uebersicht ferner ersichtlich ist, haben die von der „Frankfurter Zeitung“ errechneten Preise der Waren erheblichen Großhandelsindexziffern eine 1700fache Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit aufzuweisen. Die „Frankfurter Zeitung“ errechnet ferner allmonatlich die Preise von zehn Lebensmitteln, wie sie im Groß- und Kleinhandel bezahlt werden, um das mehr oder weniger schnelle Ungleiches der Kleinhandelspreise an die Großhandelspreise nachzuweisen. Während nach diesen Berechnungen die Großhandelspreise für zehn Lebensmittel im letzten Monat um 216 v. H. gestiegen sind, betrug die Steigerung der Kleinhandelspreise 253 v. H.

**Preisbewegungsbarometer**

	Novbr.	Dezbr.	Januar	Febr.
1. Vorkriegszeit	1	1	1	1
2. Amtl. Lebenshaltungsindezziffer: (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, ohne Kleidung)	400	611	1034	1360
3. Amtl. Ernährungsindezziffer: (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, und Bekleidung)	649	908	1356	—
4. Amtl. Großhandelsindex: Monatsdurchschnitt 15. Januar (Schlacht)	446	685	1120	—
5. Großhandelsindexziffer der Frankf. Zeitung für zehn Lebensmittel	528	778	—	—
6. Wochenindex für Großhandel der Industrie- u. Handelszeitung	1151	1475	2131	—
7. Großhandelsindexziffer der Frankf. Zeitung für zehn Lebensmittel	944	1674	2534	7159
8. Kleinhandelspreis für zehn Lebensmittel	784	1970	1594	6549
9. Wochenindex für Großhandel der Industrie- u. Handelszeitung	601	999	1141	2375
10. 11.—17. November	1378	—	—	—
11. 18.—24. November	—	1792	—	—
12. 25.—1. Januar	—	—	3293	—
13. 2.—8. Januar	—	—	4151	—
14. 9.—15. Januar	—	—	—	6874
15. 16.—22. Januar	—	—	—	—
16. 23.—29. Januar	—	—	—	—
17. 30. Januar — 6. Februar	—	—	—	—
18. 7.—13. Februar	—	—	—	7509
19. 14.—20. Februar	—	—	—	8000

Aus dieser Uebersicht muß man beunruhigt sein, wie sehr die Verteuerung der am häufigsten benötigten Lebensbedürfnisse den wirklichen Lebensstand nachhinkt. Bei der gegenwärtigen schnellen Preissteigerung gelangen Meingewichte durch das Nachhinken der amtlichen Preisziffern zu ganz falschen Schlüssen. Wenn beispielsweise die „Frankfurter Zeitung“ Anfang Februar eine 287fache Steigerung der Kleinhandelspreise für zehn Lebensmittel anzeigt, der amtliche Ernährungsindezziffer für den Monatsdurchschnitt Januar haben nur eine 1700fache Steigerung aufweist, so ist damit eine der vielen Quellen, aus denen Schwereigkeiten bei Tarifverhandlungen usw. entstehen, aufgedeckt. Das Statistische Reichsamte sollte sich zu einer regelmäßigen Uebersicht über die Verteuerung der Lebensbedürfnisse heranzusetzen. Das beispielsweise die Industrie- und Handelszeitung für den Großhandel in recht vorzüglicher Weise fertig bringt, sollte auch beim Statistischen Reichsamte möglich sein. Es.

**Allgemeine Rundschau**

**Krümer oder Gelden?**

Durchhalten in dem und aufgedungenen Kampfe, durchhalten auch unter erschwerten Bedingungen, das ist die erste Mahnung, der wie in der letzten Nummer

Bewerbe, die wegen des Abganges ihrer Fabrikate oder wegen der zu verarbeitenden Gegenstände mehr oder weniger auf Saisonarbeit angewiesen sind.

Die Feststellungen erfordern sich, wie schon bemerkt, nur auf die Jahre 1920 und 1921. Im Jahre 1922 dürfte die Zahl der Überprüfungen des Lohnfundamentes nach weitausgehendem Maße sein. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, die auch die vorstehenden Zahlen wiedergibt, glaubt daraus die Schlussfolgerung ziehen zu sollen, „daß die Durchführung des Lohnfundamentes sich in der Praxis als immer unheimlicher herausgestellt hat.“ Wir meinen, die Zahlen beweisen nur, daß auch unter dem Lohnfundament notwendigen Anforderungen der Wirtschaft Rechnung getragen werden kann.

**Das Schnapsgeschäft blüht**

Eine unserer bekanntesten Schnapfabriken, der Hild-Forth-Konzern A.G., Graz, veröffentlicht seine Bilanz. Danach erhalten die Herren Aktionäre:

1. Eine Dividende von 100 Prozent
2. Auf jede alte Aktie das Bezugsrecht auf eine neue zum Kurse von 100 Prozent, was einem Geschenke von mindestens 100.000 Mk. je Aktie gleichkommt
3. Für die neuen Aktien volle Dividendenberechtigung für das laufende Geschäftsjahr, also auch für die Zeit, wo die neuen Aktien noch nicht erschienen.

Zahllich, ein Jahr vor fetter Gassen für die Herren Aktionäre, der ihnen nur recht gut bekommen möge. Denn hier ist es mal ausnahmsweise nicht die Arbeiterklasse, die so schamlos ausgeplündert wird, sondern die reicheren Kreise der Arbeiterklasse. Nebenfalls aber wird dieser Vorgang ein beachtenswertes Licht auf unsere ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen die wirklich produktiven Schichten die Last und Entbehrung tragen, während die kapitalistischen völlig überflüssigen Luxusgewerbe die Fertigung in den Schatz geworfen bekommen.

**Wirtschaftliche Bewegung**

**Bayern**

Der am 9./10. Januar in Nürnberg für das Baugeschäft in Bayern v. d. H. geählte Lohnschiedspruch (s. h. nachstehende 2. S. Änderungen) vor:

	als 9. Januar:					
	I	II	III	IV	V	
Facharbeiter	430,-	417,-	404,-	383,-	353,-	373,-
Hilfsarbeiter	419,-	396,-	384,-	364,-	335,-	367,-

	als 21. Januar:					
Facharbeiter	470,-	456,-	442,-	418,-	385,-	353,-
Hilfsarbeiter	457,-	435,-	420,-	397,-	366,-	335,-

Die Löhne der Spezialarbeiter, jugendlichen Fach- und Hilfsarbeiter und Lehrlinge erheben sich nach den im Tarifvertrag festgelegten Prozentsätzen.

Die Entfernungszulagen betragen bei einer Entfernung über 1 km 75,- M., über 8 km 113,- M., über 12 km 150,- M., über 20 km 238,- M., in Ueberräumen notwendig.

Die Fortzahlung beträgt ab 7. Februar für Romer 4,- M., für Zimmerer 6,50 M., für Bauhilfs- und Erdarbeiter 1,50 M.

Rechtserwerbsgesetz, Lohnausgleich, Winterzeit und Unie werden verhandelt bilden eine ungetrübte Linie. Immer dann denken wir, wie wir in Agitation und sozialer Stärkung des Verbandes zu handeln haben.

**Aus der Gesamtbewegung**

**Ein wichtiger Abschnitt in der Landarbeiterbewegung**

Am 1. Januar 1923 konnte der christlich-nationale Zentralverband der Landarbeiter auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Der Organisationswille war vor 10 Jahren in der Landarbeiterbewegung erloschen. Die Sozialdemokratie suchte diese Situation mit allen Mitteln einer ständelosen Masse für sich auszunutzen, indem sie den Klassenkampf und den Klassenkampfgedanken in den Vordergrund ihrer auf parteipolitische Ziele eingestellten gewerkschaftlichen Agitation unter den Landarbeitern hob. Demgegenüber trat der Zentralverband der Landarbeiter von Anfang an als rein wirtschaftliche Berufsorganisation auf. Die den Landarbeiter als Angehörigen des landwirtschaftlichen Berufsstandes zum Berufsgedanken und zum Zusammengehörigkeitsgefühl mit der Landwirtschaft und dem Volksganzen erzog. Auf christlich-nationalen Boden stehend, war er sich neutral und interkonfessionell, weil er in den Mittelpunkt seiner Erziehung den Gedanken christlichgläubiger und bürgerlicher Gesinnung.

Seit unter diesen Verhältnissen der Kampf um die Durchsetzung gegenüber der sozialdemokratischen Bewegung, die den Zentralverband von Anfang an bis heute als ihren gefährlichsten Konkurrenten ansah und ihn mit währendem Haß und mit einer Fülle von Verleumdungen verfolgte, nicht leicht sein würde, darüber waren sich die Führer der christlich-nationalen Landarbeiterbewegung klar. Dazu kam, daß andere Organisationsversuche sich als gescheitert erwiesen. Der Zentralverband angelegt sein ließen und seine Führer vor allem in landwirtschaftlichen Kreisen hervorzutreten. Heute ist das Verlangen nach der Einigung der christlich-nationalen Landarbeiterbewegung nicht mehr zu unterschätzen.

Während bis zum Kriege das Ausdehnungsgebiet hauptsächlich in Süd-, West- und Mitteldeutschland lag, liegt heute der Schwerpunkt der Bewegung in den Agrarprovinzen des Ostens. Die Anziehungskraft der christlich-nationalen Landarbeiterbewegung hat sich durch die in den letzten Jahren erfolgten Anschluß verschiedener Provinzverbände der wirtschaftsfriedlichen Bewegung bewiesen. Möge das zweite Jahrzehnt fortsetzen, was das erste begonnen hat: daß bald die Einheitsfront aller christlich-nationalen Landarbeiter hergestellt sei, als ein starkes Bollwerk gegen die sozialistisch-kommunistische Verheerung des arbeitenden Landvolkes!

**Bau-Rundschau**

**Die ersterbende Bautätigkeit**

Wie uns berichtet wird, ist mit dem 26. Januar d. J. der Bau der Bergarbeiterwohnungen im rheinischen Braunscheidener wegen Mangels an Mitteln eingestellt worden. — Für das kommende Baujahr eröffnet das recht wenig erfreuliche Ausblick. — Und der Reichstag hat es mit der Bewilligung der so dringend erforderlichen neuen öffentlichen Mittel nicht gerade eilig. Erst müssen ihm wohl einige Hunderttausend arbeitsloser Bauarbeiter die Dringlichkeit dieser Aufgabe etwas deutlicher vor Augen treten.

**Endlich auch preussische Maßnahmen gegen den Holzwucher?**

Seitens des Deutschen Gewerkschaftsbundes war schon mehrfach an den preussischen Finanzminister die dringende Anforderung gerichtet worden, endlich einmal den Holzwucher behebenden Zustand abzulegen, der darin besteht, daß die Holzhändler sich den Betrag für das von ihnen erworbene Holz aus den Staatsforsten bis zu 1 1/2 Jahren stundenlassen konnten. Es wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß hier einer der Hauptgründe für das beispiellose In-die-Höhe-treiben der Stammholzpreise (bis auf das 15 und 16fache der Friedenspreise) zu suchen sei, und daß auch der Staat dadurch um riesige Summen geschädigt würde. Das letztere wird besonders klar, wenn man daran denkt, daß im kommenden März erst die Kaufsumme für das Holz, das bereits im Herbst 1921 erworben wurde, fällig wird.

Wie nunmehr bekannt wird, gedankt man im preussischen Landwirtschaftsministerium jetzt endlich an eine grundlegende Änderung der Zahlungs- und Stundungsbedingungen für die Holzkaufverträge heranzugehen. Nach Mitteilungen des „Holzmarkt“ sollen folgende Änderungen beabsichtigt sein:

Als Zahlungsfrist gelten wie bisher vier Wochen. Der darüber hinaus häufig Stundung wünscht, kann sie gegen Sicherheit erhalten, aber auf höchstens sechs Monate. Bis zum allgemeinen Zahlungstage ist entweder der gesamte Kaufpreis in bar zu zahlen oder, wenn bis dahin der Ankauf auf Stundung erwirkt wurde, mindestens ein Drittel in bar anzuzahlen. Der Rest kann dann auf höchstens sechs Monate gestundet werden. Aber für diesen Rest sind die Stundungszinsen bis zum 10. März des zugehörigen Rechnungsjahrs neben dem Restkaufpreise zu zahlen, und die Stundungszinsen werden bis auf weiteres mit 2 Prozent pro Monat, d. h. auf 24 Prozent im Jahr festgesetzt.

Sehr wesentlich aber ist, daß für alle Zahlungen, die später als 14 Tage nach dem Kauf erfolgen, gleitende Preise eingeführt werden, und zwar in der Art, daß der Goldankaufpreis der Reichsbank am Zahlungstage mit dem Goldankaufpreis am Zahlungstage verglichen wird. Auch dieses Verfahren wird dann natürlich dem Holzhändler die Spekulation auf eine weitere Geldentwertung zunächst gemacht, und es steht zu erwarten, daß damit der übermäßigen Preistreiberie des Holzes nach oben eine gewisse Grenze gesetzt wird.

Einer derartigen Lösung können wir nur durchaus zustimmen — ohne damit allerdings unsere weitergehenden Forderungen hinsichtlich der Holzpreisbewirtschaftung anzugeben. Selber sind die oben angebotenen Pläne noch kein Definitivum, es sollen vielmehr darüber erst noch Verhandlungen mit der Holzhandelsverbänden stattfinden. Es ist natürlich zu befürchten, daß es diesen Interessentenverbänden gelingt, wesentliche Verschlechterungen durchzubringen. Demgegenüber wird von uns mit festem Nachdruck die Forderung an die Regierung gerichtet, festzuhalten und die ursprüngliche, oben gekennzeichnete Absicht allem Geheiß der Interessenten zum Trotz durchzuführen!

**Verbilligte Baustoffe für den Kleinwohnungsbaun?**

Der Wohnungsausschuß des Reichstages nahm kürzlich die Ergebnisse der Verhandlungen des Reichswirtschaftsministeriums mit den einzelnen Organisationen der Baustoffindustrie über die Herabsetzung der Preise für Zement, Steine usw. für den staatlich bezugsfähigen Wohnungsbaun zur Kenntnis. Er beschloß, einen Preisprüfer in der Baustoffindustrie zu bestellen. Weiter wurde das Wirtschaftsministerium ersucht, daß die Baustoffindustrie den Gesellschaften, die gemeinwirtschaftliche Zwecke verfolgen, unter gleichen Voraussetzungen die gleichen Bezugsbedingungen gewährt. Der Ausschluß stimmte schließlich dem Beschluß des Reichstages zustimmend zu, wonach bei den einzelnen Verbänden Verbändeherren eingeführt werden sollen.

Ueber die Höhe der Wohnungsbaunabgabe wurde noch kein Beschluß gefaßt. Nach dem Regierungsvorschlag soll sie 1500, nach dem Vorschlag des Unterausschusses 3000 Prozent der Friedensmiete betragen.

**Hergabe verbilligten Bauholzes**

Das dauernde Drängen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände, namentlich auch des Deutschen Gewerkschaftsbundes, für den gemeinnützigen Wohnungsbaun verbilligtes Bauholz zur Verfügung zu stellen, scheint doch ganz allmählich einen gewissen Erfolg zu zeitigen. In einer der letzten Sitzungen des Wohnungsausschusses des Reichstages, in der man sich mit dieser Frage beschäftigte, machte ein Vertreter des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft aus den Verhandlungen mit den Ländern die Mitteilung, Mecklenburg-Schwerin sei bereit, für den gemeinnützigen Wohnungsbaun 50 Prozent billiger abzugeben; ebenso Bayern, das 25.000 Festmeter zu einem um die Hälfte verbilligten Marktpreis abzugeben bereit ist. Am weitesten ist Thüringen entgegenzukommen bereit, indem es entsprechend einem Vorschlage des Reichstages Bauholz zu einem hundertfachen Friedenspreis abgeben will, obwohl der Marktpreis des Holzes um das Mehrtausendfache in die Höhe getrieben worden ist. Der größte Holzbesitzer, das Land Preußen, hat das geringste Entgegenkommen gezeigt. Es will zwar 150.000 Festmeter Bauholz zur Verfügung stellen, aber im Preise nur ein Drittel des Marktpreises nachlassen.

Verstorbene Abgeordnete, darunter auch die Kollegen Schürmer-Branden und Trimmel hielten diese Besagen für völlig ungenügend. Die Vertreter der Reichsregierung wurden ersucht den Ländern, namentlich aber der preussischen Regierung, mitzuteilen, daß sie angesichts der dringlichen Wohnungsnot ihrer eigenen Landesländer, weit mehr zur Vinderung dieser Not tun müßten. Da von Baden, Hessen, Sachsen und Preußen zur Holzlieferungsfrage ein neuer Bericht nicht vorliegt, wird die Angelegenheit demnächst vor die Vollversammlung des Reichstages gebracht werden.

Im übrigen steht die Preistreiberie auf dem Holzmarkt wieder mit aller Schärfe ein. So wurden am 5. Februar in Forstheim für Fichten-Bauholz bis zu 160.000 M bezahlt, das ist der 2300fache Satz der Vorkriegszeit. Auf Gemeindevorkäufen im Schwarzwalde gingen die Preise für das Festmeter bis auf 345.000 M herauf. — Wenn der gemeinnützige Wohnungsbaun derartige Holzpreise anlegen soll, ist an eine Fortführung der Bautätigkeit natürlich überhaupt nicht mehr zu denken.

**Bücherchau**

**Die Kalkulation der Bauarbeiten.** Von H. Benning. Sonderabdruck aus Nr. 1 und 2 der Bauzeitung für Rheinland, Westfalen und Nachbargebiete. Zu beziehen durch die Schriftleitung der Bauzeitung, Caspary (Westf.), Kaiser-Friedrichstr. 16. Grundpreis 1,- M mal Bestellzahl des Deutschen Verlegervereins (zurzeit 1400).

Benning gilt in den Kreisen der westdeutschen Bauunternehmer und darüber hinaus als Autorität auf dem Gebiete des baugewerblichen Kalkulationswesens. Der Aufsatz ist im wesentlichen eine kritische Auseinandersetzung mit dem größeren Werk „Die Kalkulation der Bauarbeiten“ (erschienen im Verlage von Eugen Wiedemann, Carl Schuler in Stuttgart), doch sind positive Angaben und Hinweise reichlich eingestreut. Inwiefern Benning mit seiner zum Teil recht scharfen Kritik recht hat, kann natürlich nur der Baupraktiker entscheiden. Wir empfehlen den Aufsatz unseren Genossenschaftsleitern zur Beachtung.

**Sterbetafel.**

Plötzlich starb unser treuer Kollege **Wilhelm Lange** aus Wadhhausen im Alter von 57 Jahren. Verwaltungsstelle **Minden.**

Am 20. Januar starb nach längerer Krankheit unser treuer Kollege **Heinrich Stöck** im Alter von 53 Jahren infolge Herzschwäche. Verwaltungsstelle **Essfeld.**

Am 25. Januar starb unser treues Mitglied **Anton Eise** aus Sommerfel im Alter von 50 Jahren an Grippe. Ortsgruppe **Sabinghoff.**

Am 1. Februar starb unser Kollege **Wilhelm Haas** im Alter von 52 Jahren an Lungenerkrankung. Ortsgruppe **Neuerb.**

Ehre ihrem Andenken!

**Bauproduktionsgenossenschaft „Baugewerkschaft“ e. G. m. b. H.**

Silbesheim, Kreuzstraße 18.

Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 7 1/2 Uhr, ordentliche Generalversammlung im christlichen Gewerkschaftshaus.

**Tagesordnung:**

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht, Genehmigung der Bilanz.
3. Anträge (Erhöhung der Anteile).
4. Vorstandswahl.
5. Verschiedenes.

Der Aufsichtsrat: **Karl Ehlers.**